

Bremen – Finanzen auf sichere Beine stellen

Wie eine Vermögensteuer für Hochvermögende
Bremen stärken kann



Bremen – Finanzen auf sichere Beine stellen

Wie eine Vermögensteuer für Hochvermögende
Bremen stärken kann

Eine Fallstudie im Auftrag von Greenpeace e.V.

Erstellt von:

Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS)
Invalidenstraße 34
10115 Berlin
Tel +49 (0) 30 762 399 1-30
www.foes.de
foes@foes.de



Autor:innen:

Jana Leutner
Annika Patry

Hamburg / Berlin, Juli 2026

Kein Geld von Industrie und Staat

Greenpeace arbeitet international und kämpft mit gewaltfreien Aktionen für den Schutz der Lebensgrundlagen. Unser Ziel ist es, Umweltzerstörung zu verhindern, Verhaltensweisen zu ändern und Lösungen durchzusetzen. Greenpeace ist überparteilich und völlig unabhängig von Politik und Wirtschaft. Rund 620.000 Fördermitglieder in Deutschland spenden an Greenpeace und gewährleisten damit unsere tägliche Arbeit zum Schutz der Umwelt, der Völkerverständigung und des Friedens.

Impressum

Greenpeace e.V. Hongkongstraße 10, 20457 Hamburg, T 040 30618-0 **Pressestelle** T 040 30618-340, F 040 30618-340, presse@greenpeace.de, greenpeace.de **Politische Vertretung Berlin** Marienstraße 19-20, 10117 Berlin, T 030 308899-0 **V.i.S.d.P.** Dr. Barbara Happe / Greenpeace **Autor:innen** Jana Leutner, Annika Patry **Layout und Titel** Daniel Müller / Greenpeace **Fotos** S. 3: Roman Pawlowski / Greenpeace; S. 7, 9: Kerstin Rolfes / Greenpeace; S. 8: Fred Dott / Greenpeace **Stand** 07 / 2026 **GP0SU9MLY**

Vorwort

Marode Schulen, gesperrte Brücken, ein überlasteter Nahverkehr und zu wenig Geld für den Schutz vor der Klimakrise: In Deutschlands Städten und Gemeinden wird die Finanznot der öffentlichen Hand unmittelbar sichtbar. Den Kommunen fehlen Milliarden für notwendige Investitionen und damit das Geld, um zentrale Aufgaben der Daseinsvorsorge zu erfüllen und ihre Infrastruktur zukunftsfest und klimaresilient zu machen.

Die unlängst von Greenpeace beim Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) beauftragte Studie „Wege aus der kommunalen Finanznot“¹ zeigt: Die kommunale Finanzkrise lässt sich nicht allein durch eine andere Verteilung bestehender Mittel lösen. Ein zentrales Problem ist, dass die Einnahmen der Kommunen seit Jahren nicht mit ihren stetig wachsenden Aufgaben und Investitionsbedarfen Schritt halten. Städte und Gemeinden brauchen zusätzliche und dauerhaft verlässliche Einnahmen.

Eine ökologische Vermögensteuer für Superreiche, die sehr hohe Treibhausgasemissionen verantworten, kann dazu einen wichtigen, verursachergerechten Beitrag leisten. Voraussetzung ist, dass die Einnahmen auch bei den Kommunen ankommen, wo ein großer Teil der notwendigen Investitionen anfällt.

Wie dringend zusätzliche Einnahmen gebraucht werden und was sie konkret bewirken könnten, zeigt das hier vom FÖS vorgelegte Fallbeispiel Bremen. Der Stadtstaat weist mit rund 33.934 Euro je Einwohner:in die höchste Pro-Kopf-Verschuldung aller Bundesländer auf.

Besonders deutlich zeigt sich das bei Schulen und Kitas: Mehr als zwei Milliarden Euro werden für Sanierungen und Neubauten benötigt. Auch die Verkehrsinfrastruktur ist chronisch unterfinanziert: Brücken sind sanierungsbedürftig, Investitionen in den Nahverkehr und den Radverkehr bleiben aus.

Gleichzeitig machen Hochwasser, Sturmfluten und zunehmende Hitze Investitionen in Klimaanpassung und Vorsorge unverzichtbar.



Eine ökologische Vermögensteuer könnte Bremen neue Handlungsspielräume eröffnen. Nach dem von Greenpeace zugrunde gelegten Konzept für eine Vermögensteuer für Superreiche könnte das Land laut Berechnungen des FÖS jährlich rund 256,7 Millionen Euro zusätzlich einnehmen, von denen der Stadtgemeinde gut 201 Mio. Euro zugute kommen könnten. Damit ließen sich etwa Investitionen in Schulen und Kitas, den öffentlichen Nahverkehr, Fahrradbrücken über die Weser, die Sanierung bestehender Brücken und den Schutz vor den Folgen der Klimakrise finanzieren.

Das Beispiel Bremen macht deutlich, worum es bei der Vermögensteuer geht: Während sich sehr große private Vermögen in den Händen weniger konzentrieren und nur gering steuerlich belastet werden, fehlt der öffentlichen Hand das Geld für intakte Schulen, eine funktionierende Infrastruktur und eine klimaresistente, lebenswerte Zukunft. Das ist eine Frage politischer Prioritäten und der Steuergerechtigkeit.

Eine ökologische Vermögensteuer für wenige Superreiche kann dazu beitragen, die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen zu stärken und dringend notwendige Investitionen zu ermöglichen. Denn wo Schulen funktionieren, Busse fahren, Klimaschutz vorangetrieben wird und Menschen erleben, dass die öffentliche Hand ihre Lebenswirklichkeit verbessert, wachsen der Zusammenhalt und das Vertrauen in die Demokratie. Eine starke kommunale Daseinsvorsorge ist deshalb nicht nur eine Investition in Klimaschutz und Lebensqualität, sondern auch in gesellschaftlichen Zusammenhalt und eine zukunftsfähige Demokratie.

Dr. Barbara Happe
Greenpeace-Sprecherin für Steuergerechtigkeit

¹ https://www.greenpeace.de/publikationen/Wege_aus_der_Finanznot.pdf, veröffentlicht am 26.6.2026

Bremen: Finanzen des Stadtstaats auf sichere Beine stellen

Die im Bundesvergleich höchste Pro-Kopf-Verschuldung des Landes Bremen wird auch in der Infrastruktur der Stadtgemeinde Bremen sichtbar. Bremens Fundament bröckelt, von maroden Schulen bis hin zu überlasteten Brücken. Damit wird klar: Der Stadtstaat braucht neue Finanzierungswege. Eine Vermögensteuer könnte die jährlichen Kosten für Schulsanierungen oder Investitionen in Klimaschutz decken und zu mehr Steuergerechtigkeit führen.

Den Städten fehlt das Geld

In unseren Kommunen wird deutlich, was sinkende Einnahmen und wachsende Aufgaben mit der öffentlichen Daseinsvorsorge machen. Rund 31,9 Mrd. € Finanzierungsdefizit (2025) und ein kommunaler Investitionsstau von ca. 231,2 Mrd. € zeigen sich vor Ort (Raffer et al. 2026; Statistisches Bundesamt 2026a). Das Bild vieler Städte ist von maroden Schulen und Brücken sowie fehlenden Zukunftsinvestitionen in den ÖPNV und Kitas geprägt. Weitere Anforderungen an die Kommunen umfassen bspw. notwendige Investitionen für Klimaschutz und zur Bewältigung von Klimaschäden. Vor diesem Hintergrund gewinnt die Debatte um zusätzliche Einnahmequellen für die kommunale Ebene an Bedeutung (FÖS 2026). Die Stadtgemeinde Bremen stellt als Teil eines Zwei-Städte-Staats einen Sonderfall in den Strukturen, aber auch ein Paradebeispiel für die Unterfinanzierung kommunaler Infrastruktur und das strukturelle Defizit dar. Daher behandelt diese Fallstudie die finanzielle Situation von Bremen und wie sie sich ganz konkret in Schulen, Verkehr und Klimaanpassung zeigt. Die Fallstudie illustriert, wie eine Vermögensteuer zum Abbau des Investitionsstaus in Bremen beitragen kann.

Bremen: Verschuldung verhindert dringende Investitionen

Verschuldung und Spardruck

Marode Schulen und Brücken, fehlendes Geld für Klimaschutz und Anpassung an die Folgen des Klimawandels: Ganz konkret zeigt sich im Stadtstaat Bremen, wie sich jahrzehntelange Verschuldung und Konsolidierungsdruck auswirken. Mit 23,8 Mrd. €

Kommunenprofil Stadtgemeinde Bremen

- **Bundesland:** Freie Hansestadt Bremen
- **Einwohner:innen:** ca. 586.000 (Stand: Dez. 2024)
- **Bürgermeister:** Andreas Bovenschulte (SPD)
- **Regierung:** SPD, Bündnis 90 / Die Grünen und Die Linke
- **Haushaltsumfang (2025):** ca. 4,09 Mrd. € (Senator für Finanzen 2025a)
- **Besonderheiten:** Bremen ist Teil des Zwei-Städte-Staats Bremen (mit der Stadt Bremerhaven). Somit ist die finanzielle Situation von Land und Stadtgemeinde eng miteinander verwoben. Das zeigt sich bspw. daran, dass 2024 etwa 75 % der Ausgaben des Landes für Bildung an die Stadtgemeinde flossen.

Methodik

Die verwendeten Daten beziehen sich je nach Datenquelle und -verfügbarkeit auf das Land Bremen, die Stadtgemeinde Bremen oder das Land Bremen einschließlich der beiden Städte Bremen und Bremerhaven. Die jeweilige Bezugsebene wird bei allen Kennzahlen ausdrücklich angegeben.

hat der Stadtstaat die mit Abstand höchste Pro-Kopf-Verschuldung der Länder: umgerechnet **33.934 € pro Einwohner:in** (2024) (Statistisches Bundesamt 2025a). Seit den 1970er-Jahren ist das Land hoch verschuldet. Neben den Ölkrisen und dem Strukturwandel belastet das Land vor allem die Reform des Finanzausgleichs nachhaltig: Seit 1969 zahlen die Bürger:innen ihre Einkommens- und Lohnsteuer nicht mehr am Arbeits-, sondern am Wohnort (Renzsch 2006). Die Steuern der vielen Pendler:innen fließen somit nicht an das Land. Obwohl Bremen das zweithöchste BIP pro Kopf (2024) hat, spiegelt sich dies somit nicht in den Steuereinnahmen wider (Statistisches Bundesamt 2026b). Trotzdem bleiben die Ausgaben für das Land Bremen und die Stadtgemeinde hoch und treiben somit die Finanzierungsdefizite und Schulden - schließlich nutzen Einwohner:innen und Pendler:innen Bremens Infrastruktur, Kulturangebote, Krankenhäuser und vieles mehr.

Ein weiterer Grund für den hohen Schuldenstand des Landes: 2019 übernahm das Land Altschulden der Stadtgemeinde Bremen und hat damit die Stadt davor bewahrt, mehr als 160 Mio. € Zinszahlungen jährlich leisten zu müssen – mehr als das Zehnfache des Bundesdurchschnitts pro Einwohner:in (dena 2025).

Der Zwei-Stadt-Staat hängt zur Tilgung der Schulden von den Sanierungshilfen des Bundes ab (jährlich ca. 400 Mio. €). Diese können allerdings nicht einmal die Zinsausgaben des Landes decken (Pressestelle des Senats 2025a). Gleichzeitig sind die Finanzhilfen an Sanierungspläne geknüpft, die in der Vergangenheit auch dazu geführt haben, dass Bremen an der Infrastruktur sparen musste (Heinemann 2022).

Diese vorläufige Entlastung wirkte nicht lange: Bereits 2025 lag der Schuldenstand der Stadtgemeinde erneut bei 1,5 Mrd. € (Senator für Finanzen 2024a). Allein **2024 lag der Finanzierungssaldo der Stadt bei -575 Mio. €**, was v.a. mit der Energiekrise und den Auswirkungen der Corona-Pandemie begründet wurde (Senator für Finanzen 2024b). Außerdem flossen 2024 je 300 Mio. € Startkapital in die neu gegründete Gesellschaft BRESTADT² und die Pilotgesellschaft Bildungsbau für den dringend notwendigen Neubau von Schulen (siehe unten) (Senator für Finanzen 2024b). **2026 wird das Finanzierungsdefizit auf 134,4 Mio. €, 2027**

auf 73,7 Mio. € angesetzt trotz des bis 2027 laufenden Sanierungsprogramms und Einsparungen beim Personal sowie sinkender Investitionen (Bremische Bürgerschaft 2025a; Pressestelle des Senats 2025a; Rösch 2026). Gleichzeitig mussten die Prognosen zu den Steuereinnahmen weiter nach unten korrigiert werden: Die Stadtgemeinde Bremen rechnet mit insgesamt rund 132 Mio. € (2027) bzw. 135 Mio. € (2028) weniger wegen sinkender Gewerbesteuererinnahmen (buten un binnen 2026). Das reiht sich in die Entwicklung der finanziellen Situation und Einnahmen von Kommunen in Deutschland ein (FÖS 2026) und zeigt, dass ein **ausgeglichenes Wirtschaften in Zeiten wirtschaftlicher Krisen kaum möglich ist** (siehe auch Plenarrede von Björn Fecker, Bremische Bürgerschaft (2026a)). Auch der Irankrieg kann durch die Verteuerung von Energie und die Bedeutung der internationalen Schifffahrt für Bremen einen negativen Effekt auf die Steuereinnahmen und damit das Budget des Landes haben (Reinhard u. a. 2026).

Stadtgemeinde Bremen ist abhängig von Steuereinnahmen des Landes

Ein Blick auf die Entwicklung der Einnahmen zeigt, dass die Stadtgemeinde stark von Zuweisungen des Landes abhängt. Nur zu einem Drittel kann sich die Stadt durch eigene Steuer- und Verwaltungseinnahmen finanzieren (Haushaltsansatz 2025, s. Abbildung 1 basierend auf Senator für Finanzen (2025a)). Die durchschnittliche Kommune in Deutschland bezieht hingegen ca. 49 % der Einnahmen aus eigenen Einnahmen (dena 2025). Auch hier stellen die geringen Einnahmen aus der Einkommensteuer einen Erklärungsfaktor dar – immerhin macht die Einkommensteuer mehr als ein Drittel der Steuereinnahmen der Kommunen in Deutschland aus (Bertelsmann Stiftung 2025). Die Analyse des Haushalts ergab außerdem, dass die Stadtgemeinde nur ca. 3 % der Einnahmen aus Gebühren und sonstigen Entgelten generiert, während die Durchschnittskommune in Deutschland ca. 7,3 % der Einnahmen daraus bezieht (FÖS (2026) basierend auf Deutscher Städtetag). Ein Grund hierfür kann sein, dass Abwasser- und Abfallgebühren von stadteigenen Betrieben erhoben werden und lediglich in deren Wirtschaftsrechnung abgebildet werden. Auch Einnahmen aus dem Hafenbetrieb, bspw. Raumgebühren, bilden sich nur im

² Bremer Stadtentwicklungs- und Realisierungsgesellschaft, die bspw. Projekte zur Sanierung kommunaler Immobilien, wie Park- und Kaufhäuser, übernimmt.

Sondervermögen Hafen und nicht im Kernhaushalt ab (Arbeitnehmerkammer Bremen, 2026). Über die Hälfte (52 %) der Einnahmen sind Zuweisungen, fast ausschließlich vom Land. 2001 waren es noch 37 %. Damit ist die Abhängigkeit der Stadtgemeinde von der finanziellen Situation des Landes gestiegen.

Trotz Sanierungshilfen und Finanzkraftausgleich: Das Land lebt von Steuereinnahmen, die 2024 rund 68 % der Einnahmen ausmachen (Senator für Finanzen 2024b).

Im Rahmen des Länder-und-Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetzes (LuKIFG) erhält das Land 940,85 Mio. €, das es für Projekte im Zeitraum von 2025 bis 2036 nutzen kann. Rechnerisch sind das Mehreinnahmen von ca. 78 Mio. € pro Jahr³. Das entspricht 58 % des ausgewiesenen Finanzierungsdefizits für 2026.

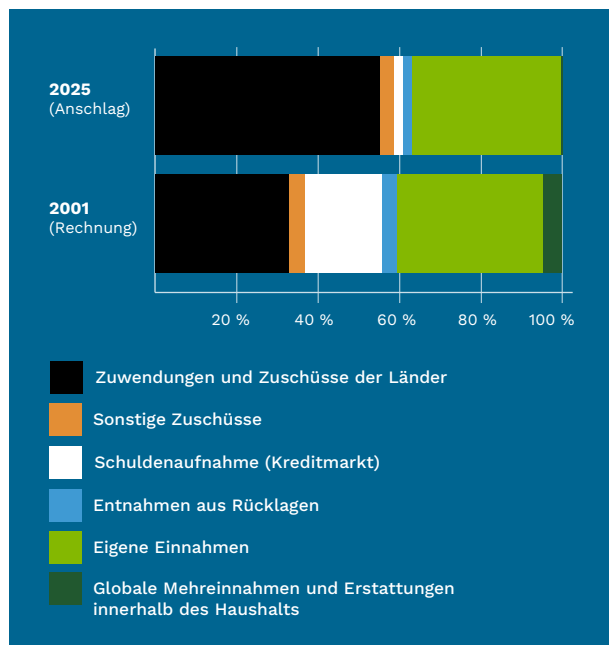


Abbildung 1: Aufschlüsselung der Einnahmen der Stadtgemeinde Bremen 2001 und 2025

Quelle: Eigene Darstellung nach Freie Hansestadt Bremen (2004); Senator für Finanzen (2025a)

Kaum Geld für Investitionen vorhanden

Bremen lebt fiskalisch von der Substanz: Nicht einmal ein Zehntel der Ausgaben der Stadtgemeinde (ca. 9 % in 2025) fließt in Investitionen. Damit liegt die Stadt weit unter dem Bundesdurchschnitt von immerhin 13 % der bereinigten Ausgaben (dena 2025).

Der Großteil der Ausgaben der Stadtgemeinde fließt in die Bereiche Jugend und Soziales sowie Kinder und Bildung (siehe FÖS (2026) für eine Aufschlüsselung der Ausgaben auf kommunaler Ebene in diesen Bereichen).

Auch auf Landesebene machen die Investitionen 2025 nur 7,3 % der Ausgaben aus. **Mit diesen Investitionsquoten kann dem immensen Investitionsstau in Bremen nicht begegnet werden.**

Wie zeigt sich die Finanznot konkret?

Was der Investitionsstau, der sich in zahlreichen Kommunen zeigt (FÖS 2026), ganz konkret in Bremen bedeutet, wird exemplarisch an den Bereichen Schule und Bildung, Klimaanpassung und Verkehrsinfrastruktur gezeigt.

Geschlossen wegen Einsturzgefahr: Zustand von Schulen in Bremen

Zelt statt Mensa: In Horn-Lehe mussten 2024 Aula, Bibliothek, Mensa und Werkräume der Wilhelm-Focke-Oberschule geschlossen werden. Der Grund: akute Einsturzgefahr. Nun wird zwar neu gebaut, jedoch müssen die 600 Schüler:innen bis 2030 ohne den Gebäudeteil auskommen (Brandstätter 2025; Holthaus 2024). Kein Einzelfall: 2021 musste die Grundschule Alter Postweg wegen Bedenken zur Statik vorübergehend umziehen, bevor die Schule 2025 abgerissen wurde und nun neu gebaut wird (Hase-mann 2021; Pressestelle des Senats 2025b).

Andere Schulen platzen aus allen Nähten: Die Sanierung und Erweiterung der einzigen weiterführenden Schule im Stadtteil Findorff wurde auf unbestimmte Zeit zurückgestellt – und das, obwohl der Platzmangel in der Schule bisher nur durch Container und Lerninseln auf den Fluren gelöst werden kann (buten un binnen 2025a; Velten 2017; Velten 2024).

Und das ist nur ein kleiner Ausschnitt: Insgesamt werden **über 2 Mrd. € für Sanierung und Neubauten von Berufsschulen, Kindertagesstätten und Schulen in Bremen benötigt** – das sind bei einem Umsetzungszeitraum von 15 Jahren 133 Mio. € jährlich (Senator für Kinder und Bildung Bremen 2025). Das repräsentiert den massiven Sanierungsstau an

³ Allerdings plant das Land, bereits rund 40,6 % der Mittel bis 2029 zu verausgaben (Bremische Bürgerschaft 2026b).



An der Wilhelm-Focke-Oberschule musste 2024 ein Gebäudekomplex wegen schwerer Tragwerksschäden gesperrt werden.

öffentlichen Gebäuden in Bremen: Die Investitionen in öffentliche Gebäude liegen seit Jahrzehnten weit unter den Bedarfen (Bremische Bürgerschaft 2022). Der momentane Sanierungsstau bei Schulen und weiteren öffentlichen Gebäuden liegt bei 1,45 Mrd. € - und diese Schätzung berücksichtigt primär Instandhaltung und noch nicht weitere Bedarfe, bspw. durch energetische Sanierungsfahrpläne (Senator für Finanzen 2026). Die Erhöhung der Energieeffizienz öffentlicher Gebäude ist aber dringend notwendig für Bremens Ziel der klimaneutralen Liegenschaften bis 2038 (Bremische Bürgerschaft 2021). Wird das Budget für Sanierungen nicht erhöht, könne der Sanierungsstau bis 2070 auf 30 Mrd. € anwachsen (Senator für Finanzen 2026). Im Jahr 2001 hat die Stadtgemeinde ein „Sondervermögen Immobilien und Technik“ mit eigener Wirtschafts- und Rechnungsführung eingeführt, das der Bewirtschaftung der Gebäude im Eigentum der Stadt dient (BremSVI-TOG). Dessen Mittel werden konstant überzeichnet, neue Projekte können nur bei akutem Bedarf aufgenommen werden (Senator für Finanzen 2025b).

Gleichzeitig reicht der Erhalt der Substanz nicht aus, Bremen muss seine Schulen erweitern: Die **Schüler:innenzahlen der Stadt sind in den letzten Jahren doppelt so stark gestiegen wie im Bundesdurchschnitt** (Senator für Kinder und Bildung Bremen 2025). Daher planen Land und Stadt

zahlreiche Neubauprojekte. Ein Teil von ihnen wird durch die 2024 gegründete stadteneigene Pilotgesellschaft für Bildungsbau geplant, die mit 300 Mio. € Eigenkapital ausgestattet wurde und zunächst sechs Pilotprojekte durchführt (Bildungsbau Bremen 2026; Pressestelle des Senats 2024).

Wegen des gesetzlichen Anspruchs auf Ganztagschulplätze in Grundschulen müssen außerdem 31 Grundschulen umgebaut werden: Neben bereits beschlossenen Maßnahmen im Umfang von 240 Mio. € wird in der Stadtgemeinde bis 2029 ein weiterer Bedarf von 175 Mio. € erwartet (Bremische Bürgerschaft 2025b; Pressestelle des Senats 2025a).

Land und Stadt wollen auch mit Mitteln aus dem LuKIFG Turnhallen und Sanitäranlagen sanieren sowie den Anschluss von Kitas und Schulen an Fernwärme finanzieren. Ca. 10 % der Mittel des Investitionssofortprogramms fließen in Schulen. Selbst wenn dieser Prozentsatz für die gesamten Mittel des LuKIFG bis 2036 gehalten wird, würden nur ca. 7,8 Mio. € pro Jahr bzw. 94 Mio. € insgesamt zur Verfügung stehen – **nicht einmal 5 % des Bedarfs für Neubau und Sanierung.**

Das zeigt: **Mit der jetzigen Mittelausstattung kann Bremen den immensen Bedarf für Sanierungen, Erweiterungen und Neubauten in Schulen und Kitas nicht tragen.** Dies kann zur Privatisierung des Bildungssystems führen, wobei schon jetzt erste öffentlich-private-Partnerschaften durchgeführt werden (Bremische Bürgerschaft 2022; Pressestelle des Senats 2024).

Investitionen in Klimaanpassung sind überlebensnotwendig

Bremen ist besonders stark von der Klimakrise betroffen. Die Stadt rangiert auf Rang 12 aller Kreise und kreisfreien Städte im Klimarisikoindex sowie auf Platz 4 der Großstädte mit den höchsten Klimarisiken in Deutschland (Bremerhaven sogar auf Platz 1) (Ewald/Kempermann 2025; ImmoScout24 2026). Stürme und Überschwemmungen stellen dabei die größte Gefahr für die Stadt dar. Sturmfluten der Nordsee könnten bei einem „Weiter so wie bisher“⁴ 40 bis

4 Die RCP-Szenarien (Representative Concentration Pathway), die vom Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) und dem Deutschen Wetterdienst genutzt werden, beschreiben unterschiedliche Entwicklungen des Klimas, je nachdem, wie viele Treibhausgasemissionen noch ausgestoßen werden. RCP 8.5 entspricht dabei einem Hoch-Emissionen-Szenario mit einer hohen Treibhausgaskonzentration im Jahr 2100. RCP 4.5 stellt eine mittlere Entwicklung der Treibhausgasemissionen dar (Deutscher Wetterdienst).

120 cm höher auflaufen als heutzutage (Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft 2025). Zudem sind 83 % der Fläche des Landes und rund 540.000 Menschen durch Hochwasser gefährdet (Flussgebietsgemeinschaft Weser 2021; Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft). Projektionen gehen von einem Anstieg des Meeresspiegels in der Deutschen Bucht um bis zu einem Meter bis Ende des Jahrhunderts aus (Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft 2025). Dies zeigt die Relevanz des Küstenschutzes: Berechnungen für verschiedene Szenarien zeigen, dass ohne Küstenschutz auch im niedrigeren der dort betrachteten Szenarien (RCP 4.5) Teile der Stadt, wie die Ochtmünderung, überschwemmt würden (HafenCity Universität Hamburg 2020).

Dabei sind Hochwasser kein fernes Risiko, sondern bereits Realität. Das **Weihnachtshochwasser 2023/2024** zog massive Schäden in niedersächsischen Gemeinden wie Lilienthal und in Bremen-Borgfeld nach sich. Hunderte Menschen mussten in Schlauchbooten evakuiert werden. Allein der Gemeinde Lilienthal entstanden Kosten von rund 5 Mio. €. Die Kosten, die Privatpersonen tragen mussten, sind hier noch nicht erfasst (Mild 2024). Rund 414.000 € zahlte alleine Bremen an die betroffenen Privathaushalte und Landwirt:innen in seinem Zuständigkeitsgebiet (NDR 2024).

Die zunehmende Anzahl und Intensität von Stürmen, Hochwasser und weiteren Extremwetterereignissen zieht hohe Schäden nach sich: So haben Extremwetterereignisse 2023 laut Gesamtverband der Deutschen Versicherer in Bremen Schäden von rund 48 Mio. € verursacht (buten und binnen 2024).

Auch die Hitze stellt ein Risiko dar: Ein „Weiter so wie bisher“ würde bis Ende des Jahrhunderts zu einem Temperaturanstieg um 3,5°C in Bremen führen – und damit durchschnittlich 18 heiße Tage (>30°C maximale Temperatur) jährlich nach sich ziehen – eine Verdreifachung im Vergleich zum Median 1991-2020 (Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft 2025).

Klimaanpassung ist folglich nicht nur existenziell für die Bewohner:innen, sondern schützt das Land auch vor immensen monetären Schäden. **Jeder investierte Euro zahlt sich somit aus.** Zahlreiche Klimaanpassungsmaßnahmen sind dabei in der Klimaanpassungsstrategie von Bremen festgelegt. Für viele der Maßnahmen liegen keine Kostenschätzungen vor.



Das Weihnachtshochwasser 2023/2024 verursachte in Lilienthal und Bremen-Borgfeld schwere Überschwemmungen und hohe Schäden.

Allerdings beläuft sich allein der Bedarf für die Maßnahmen der Stadtgemeinde (ohne Land Bremen und Bremerhaven), zu denen Schätzungen vorliegen, bis 2030 auf ca. 24,5 Mio. € (ohne Personalkosten) (Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft 2025). Auch für den Schutz der Küsten sind hohe Investitionen notwendig. Die Erneuerung des Deichs in der Neustadt wird rund 27 Mio. € kosten (Faltermann 2025). Der Bund weist Bremen dabei hohe Förderungen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Agrar- und Küstenschutz (GAK) zu: Bis 2040 erhält das Land 150 Mio. € zusätzlich (Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung 2023a).

Um insbesondere vulnerable Bevölkerungsgruppen wie alte Menschen und Kinder vor steigenden Temperaturen in der Stadt zu schützen sind ebenfalls Anpassungsmaßnahmen notwendig. Hierzu zählen bspw. Dachbegrünungen, Begrünung von Freiflächen und Straßenbäume: Deren Kosten werden für Bremen auf ca. 172 Mio. € geschätzt, wobei die Kosten auch von Privatpersonen und Unternehmen getragen werden. Gleichzeitig beträgt der Nutzen für die Umwelt und Wirtschaft mit rund 350 Mio. € (bis 2050) ca. das Doppelte (Dehnhardt u.a. 2020).

Unsichere Finanzierung, unsichere Brücken: Verkehrsinfrastruktur in Bremen chronisch unterfinanziert

Wer in Bremen die Weser überqueren muss, muss sich frühzeitig informieren, denn die Brücken werden wegen Überlastung teilweise gesperrt. Die



Oben: Die Wilhelm-Kaisen-Brücke wurde mittlerweile saniert; die Kosten für die sogenannte „Ertüchtigung“ lagen deutlich höher als ursprünglich geplant.

Unten: Über die Weser sollen neue Fahrradbrücken (Wesersprünge) entstehen. Die Pläne liegen vor, doch die Finanzierung ist bislang nicht gesichert.

Brücken sind der steigenden Verkehrslast durch Pkw, Lkw und Straßenbahnen in Teilen nicht gewachsen. Die älteste von ihnen ist bereits 1952 gebaut worden: Trotz Instandhaltungsmaßnahmen ist nur eine Spur der Bürgermeister-Smidt-Brücke befahrbar (Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung 2026). Straßenbahnen können erst seit April 2026 wieder fahren, zuvor war die Brücke 1,5 Jahre hierfür gesperrt (BSAG 2026). Auch die Instandhaltung der Wilhelm-Kaisen-Brücke hat ihren Preis: Mit 2,8 Mio. € ist die Sanierung rund 1,2 Mio. € teurer geworden als ursprünglich angenommen (buten und binnen 2025b). Diese Instandhaltungsmaßnahmen können jedoch nur vorübergehend Abhilfe schaffen: In den 2030er und 2040er Jahren müssen die Brücken ersetzt und

neu gebaut werden. Die Kosten für die Neubauten sind dabei schwer absehbar, die Finanzierung wegen des langen Zeitraums bei sich ändernden politischen Konstellationen gefährdet (Klooß 2026; Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung 2026).

Gleichzeitig muss die Verkehrswende wegen des Sanierungsstaus bei den Brücken und fehlender Einnahmen für Land und Stadt warten: Bereits 2023 lagen Pläne für drei Fahrradbrücken vor (sog. „Wesersprünge“) (Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung 2023b). Für die Fahrradbrücken waren 35 Mio. € veranschlagt – davon wären 28 Mio. € vom Bund übernommen worden, 7 Mio. € müsste die Stadt selbst zahlen (t-online 2023). Die Pläne bleiben in der Schublade, denn der Stadt fehlt das Geld für die Verkehrswendeprojekte (Koller 2024). Dabei legen die Bremer:innen rund 25 % der Wege mit dem Fahrrad zurück (Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung 2023b).

Seit Jahren versäumte Investitionsoffensiven führen jetzt dazu, dass Zukunftsprojekte ausbleiben.

Auch der ÖPNV fordert Bremen finanziell: So musste die Stadtgemeinde Bremen der Bremer Straßenbahn AG (BSAG) 2025 einen Verlustausgleich von 96 Mio. € zahlen (Spahr 2026). Gleichzeitig muss die öffentliche Finanzierung für den ÖPNV im Land Bremen bis 2040 auf insgesamt ca. 740 Mio. € steigen, denn ein dichterer Takt und die Bedienung eines höheren Fahrgastaufkommens sind für die Verkehrswende dringend notwendig. Bis 2040 ist laut dem Szenario „Deutschlandangebot 2040“ des Verbands Deutscher Verkehrsunternehmen ein zusätzlicher Bedarf von 490 Mio. € notwendig – das entspricht einem jährlichen Mittelaufwuchs von ca. 31 Mio. €. Damit können eine um 24 % höhere Nachfrage im ÖPNV bedient und der Deutschlandtakt umgesetzt werden (VDV Niedersachsen Bremen 2026).

Investitionsstau lösen, Steuergerechtigkeit stärken: Mehr Geld durch die Vermögensteuer

Der immense Investitionsstau und die notwendigen Zukunftsinvestitionen in Bildung, Mobilität und Klimafolgenanpassung sind nur mit einer deutlich besseren Einnahmenbasis zu bewältigen. Vor diesem Hintergrund hat das Land Bremen eine Initiative „für mehr Steuergerechtigkeit“ in den Bundesrat

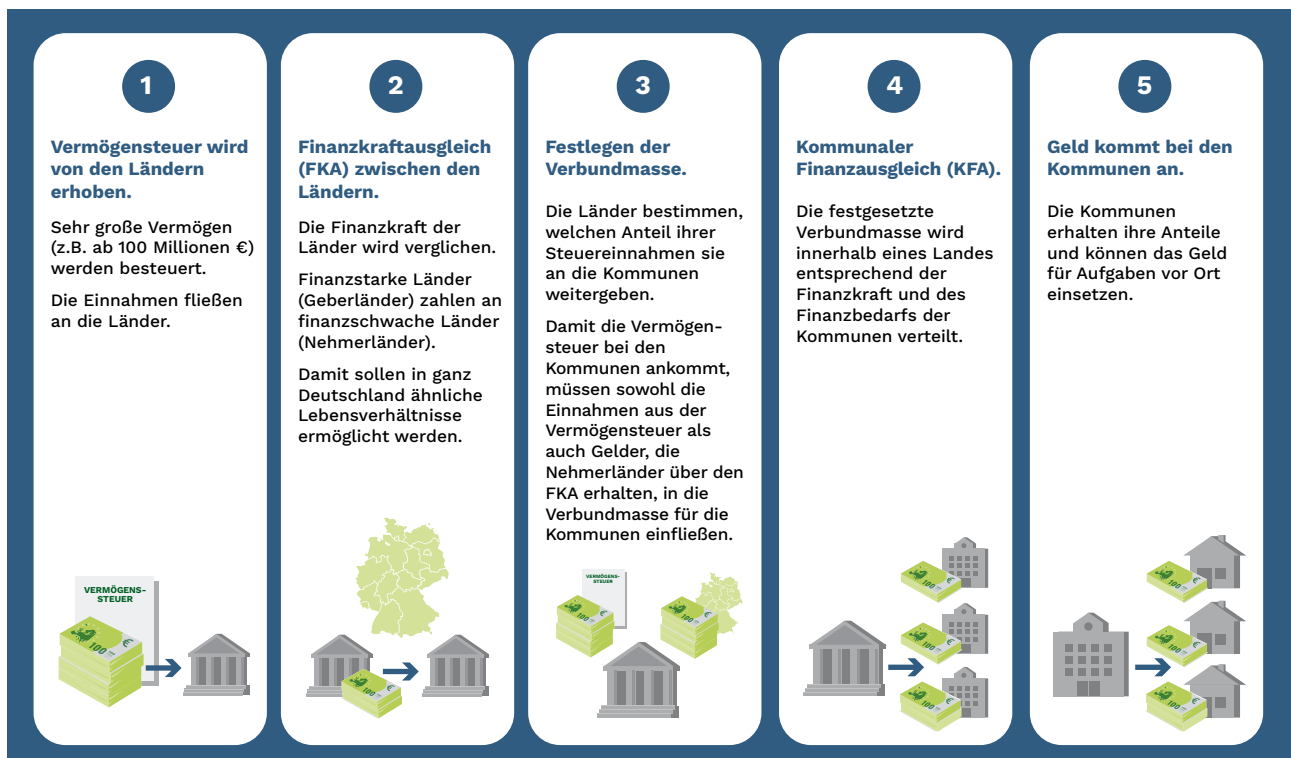


Abbildung 2: Der Weg der Vermögensteuer – von der Erhebung zu den Kommunen

Quelle: FÖS (2026)

eingetragen. Das Ziel: „starke Schultern“ sollen mehr tragen. Bestandteil des Steuerkonzepts ist neben der Reform der Erbschaft- und Schenkungsteuer auch die Wiedereinführung einer Vermögensteuer auf sehr hohe Vermögen.

“Dass etwa auf riesige Erbschaften und Schenkungen bei cleverer Handhabung kaum Steuern anfallen, während Brücken in Deutschland vergammeln und nicht genügend in die notwendige Transformation der Wirtschaft investiert werden kann, lässt sich nicht erklären. Die starken Schultern müssen mehr für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes beitragen.”

Björn Fecker, Finanzsenator Bremen (Bündnis 90 / Die Grünen)
(Quelle: Senator für Finanzen (2024c))

Wie kommt die Vermögensteuer konkret in Bremen an?

Als Landessteuer hat die Vermögensteuer das Potenzial, direkt bei den Städten und in Bremen anzukommen, damit Investitionen getätigt werden können. Abbildung 2 zeigt, wie das funktioniert (für weitere Ausführungen siehe FÖS (2026)).

Was kann konkret mit den Einnahmen geschehen?

Mit einer Vermögensteuer nach dem Konzept von Greenpeace (2024) könnte das Land Bremen dabei zusätzlich **ca. 256,7 Mio. € jährlich⁵** einnehmen – davon ca. 190,5 Mio. € durch ansässige Hochvermögende und 66,2 Mio. € durch den Finanzkraftausgleich und Ausgleichszahlungen des Bundes (s. FÖS 2026, S. 12ff.). Davon würden entsprechend des Anteils an den Schlüsselzuweisungen (2025) ca. 78 % an die Stadtgemeinde Bremen fließen, die verbleibenden 22 % gehen an Bremerhaven. Der Stadtgemeinde Bremen stünden somit **201,1 Mio. €**

⁵ Existierende Schätzungen für die Vermögensteuer beziehen sich meist auf das Aufkommen im gesamten Bundesgebiet. Gesicherte Zahlen zur Anzahl der Menschen mit hohen Vermögen (Centi-)Millionär:innen, Milliardär:innen, etc.) je Bundesland sind nicht verfügbar. Ausgehend von Berechnungen von Bach et al. (2026) hinsichtlich des Steueraufkommens je Land nach Berücksichtigung des Finanzkraftausgleichs wird hier näherungsweise davon ausgegangen, dass ca. 1,03 % der Gesamtschätzungen auf das Land Bremen entfallen.

jährlich durch die Einnahmen aus der Vermögensteuer zur Verfügung.

2019 erklärte Andreas Bovenschulte, Einnahmen aus einer potenziellen Vermögensteuer für die Sektoren Bildung, Wohnen, Verkehr und Sicherheit verwenden zu wollen (WirtschaftsWoche 2019).

Doch was könnte konkret mit einem jährlichen Aufkommen von ca. 201,1 Mio. € finanziert werden?

► Schulen sanieren und neuen Platz schaffen:

Ein Großteil der Einnahmen kann in den Investitionsbedarf für Sanierung und Neubau von Schulen und Kitas fließen (rechnerisch jährlich 133 Mio. €). Durch die im Haushalt frei gewordenen Mittel könnten dann auch notwendige Sanierungsmaßnahmen, die im Schul- und Kitabauprogramm bislang hintenangestellt wurden (Nicht-Prior-Maßnahmen) mit 6,4 Mio. € umgesetzt werden – darunter alleine 1 Mio. € für den Neubau und die Erweiterung der Oberschule in Bremen-Findorff.

► Mehr Mittel für Radverkehr:

Mit einem Rutsch alle Wesersprünge bauen – das wäre rein rechnerisch möglich. Der kommunale Anteil von 7 Mio. € für die Fahrradbrücken könnte bezahlt werden.

► Mehr Mittel für klimafreundlichen Verkehr und Klimaanpassung: Die verbleibenden 61 Mio. € aus der Vermögensteuer können verwendet werden, um den ÖPNV in Richtung Deutschlandangebot 2040 fit zu machen. Sie können somit den kommunalen Anteil an den Mehrkosten decken. Der restliche Betrag kann für Projekte zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels verwendet werden.

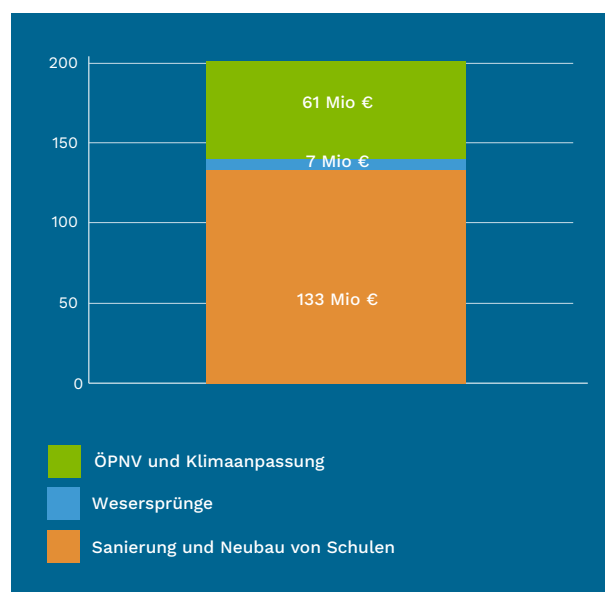


Abbildung 3: Das könnte die Vermögensteuer finanzieren (in Mio. €)

Fazit

Die Fallstudie zeigt, wie die schwierige Haushaltslage Bremens Zukunft beeinträchtigt, ob durch marode Schulen, beeinträchtigte Verkehrsinfrastruktur oder fehlende Mittel für klimafreundlichen Verkehr und Klimaanpassung. Mit der Einführung der Vermögensteuer könnte Bremen dringend notwendige Einnahmen generieren: Die Mehreinnahmen würden die Bedarfe für Sanierung und Neubau von Schulen sowie Mehrkosten für den Ausbau des ÖPNV decken. Somit stellt die Vermögensteuer ein vielversprechendes Instrument dar, um dringend notwendige kommunale Investitionen zu ermöglichen.

Literaturverzeichnis

Arbeitnehmerkammer Bremen (2026): KammerFokus. Hafenfinanzierung – Gemeinsame Verantwortung erfordert gerechte Lastenverteilung. Abrufbar unter: https://www.arbeitnehmerkammer.de/fileadmin/Publikationen/KammerFokus/KammerFokus_Hafenfinanzierung_042026.pdf. Letzter Zugriff am 20.7.2026

Bach, S., Wichers, F., Mudrack, T. (2026): Vermögensteuer Die Linke – Aufkommens- und Verteilungswirkungen. Abrufbar unter: https://www.diw.de/de/diw_01.c.998456.de/publikationen/politikberatung_kompakt/2026_0211/vermoegensteuer_die_linke_aufkommens-_und_verteilungswir_n_die_linke_in_den_landtagen_und_der_rosa-luxemburg-stiftung.html. Letzter Zugriff am: 13.7.2026.

Bertelsmann Stiftung (2025): Kommunalen Finanzreport 2025. Abrufbar unter: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/kommunaler-finanzreport-2025>. Letzter Zugriff am: 26.2.2026.

Bildungsbau Bremen (2026): Projekte. Abrufbar unter: <https://bildungsbau-bremen.de/projekte/>. Letzter Zugriff am: 1.4.2026.

Brandstätter, M. (2025): Wilhelm-Focke-Oberschule: Abriss beendet – Neubau startet 2028. Abrufbar unter: <https://www.weser-kurier.de/bremen/stadtteil-horn-lehe/neubau-der-wilhelm-focke-oberschule-in-horn-lehe-startet-2028-doc83nn-hd3r3461266exggl>. Letzter Zugriff am: 17.3.2026.

Bremische Bürgerschaft (2021): Abschlussbericht der Enquetekommission „Klimaschutzstrategie für das Land Bremen“. Abrufbar unter: https://www.bremische-buergerschaft.de/presse/EK/Abschlussbericht_Enquetekommission_Bremen.pdf. Letzter Zugriff am: 19.3.2026.

Bremische Bürgerschaft (2022): Mitteilung des Senats vom 8. November 2022. Sanierungsstau an Bremer Schulen und Kitas. Drs. 20/787 S. Abrufbar unter: <https://www.bremische-buergerschaft.de/dokumente/wp20/stadt/drucksache/D20S0787.pdf>. Letzter Zugriff am: 1.4.2026.

Bremische Bürgerschaft (2025a): Mitteilung des Senats vom 25. November 2025 Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Stadtgemeinde Bremen für die Haushaltsjahre 2026 und 2027; Finanzplanung 2025 bis 2029. Drs. 21/683 S. Abrufbar unter: <https://www.bremische-buergerschaft.de/dokumente/wp21/stadt/drucksache/D21S0683.pdf>. Letzter Zugriff am: 1.6.2026.

Bremische Bürgerschaft (2025b): Mitteilung des Senats vom 26. August 2025 Die Zeit drängt: Stand des Ganztagschulausbaus an Bremer und Bremerhavener Schulen im Jahr 2025. Drucksache 21/1319 (zu Drs. 21/1216). Abrufbar unter: <https://www.bremische-buergerschaft.de/dokumente/wp21/land/drucksache/D21L1319.pdf>. Letzter Zugriff am: 2.3.2026.

Bremische Bürgerschaft (2026a): Plenarprotokoll, 32. Sitzung am Mittwoch, dem 18. März 2026, und Donnerstag, dem 19. März 2026; S. 10621-10626. Abrufbar unter: <https://www.bremische-buergerschaft.de/dokumente/wp21/land/protokoll/P21L0032.pdf>. Letzter Zugriff am: 13.7.2026.

Bremische Bürgerschaft (2026b): Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke. Investitionssofortprogramm – Kurzfristig umsetzbare Investitionsmaßnahmen aus dem bremischen Anteil des Sondervermögens des Bundes für Infrastruktur und Klimaneutralität („LuKIFG Tranche 1“). Abrufbar unter: https://sd.bremische-buergerschaft.de/sdnetrim/UGhVM0hpd2NXNFDfExjZUqGLOFq6ols1zz8olkR3p9lHCBfuUGRIKcO4UZ-QCIE/Drucksache_Land_Drucksache_21-1645.pdf. Letzter Zugriff am: 13.7.2026.

BSAG (2026): Ab 13. April: Straßenbahnen fahren wieder über die Bürgermeister-Smidt-Brücke. Abrufbar unter: <https://www.bsag.de/unternehmen/aktuelles/meldung/ab-13-april-strassenbahnen-fahren-wieder-ueber-die-buergermeister-smidt-bruecke>. Letzter Zugriff am: 13.3.2026.

buten un binnen (2024): 48 Millionen Euro: Schäden durch Unwetter in Bremen fast verdoppelt. Abrufbar unter: <https://www.butenunbinnen.de/nachrichten/unwetter-schaden-versicherung-bremen-104.html>. Letzter Zugriff am: 13.3.2026.

buten un binnen (2025a): Kein Platz für Schüler in Bremen-Findorff – Eltern fordern Neubau. Abrufbar unter: <https://www.butenunbinnen.de/videos/oberschule-neubau-protest-eltern-findorff-bremen-102.html>. Letzter Zugriff am: 20.3.2026.

buten un binnen (2025b): Sanierung von maroder Bremer Brücke wird 1,2 Millionen Euro teurer. Abrufbar unter: <https://www.butenunbinnen.de/nachrichten/wilhelm-kaisen-bruecke-kosten-100.html>. Letzter Zugriff am: 13.3.2026.

buten un binnen (2026): Bremen und Bremerhaven rechnen mit deutlich weniger Steuern als erwartet. Abrufbar unter: <https://www.butenunbinnen.de/videos/steuereinnahmen-bund-bremen-finanzamt-haushalt-deutschland-100.html>. Letzter Zugriff am: 1.6.2026.

Dehnhardt, A., Welling, M., Salecki, S., Wagner, J. (2020): Kosten und Nutzen von grünen Klimaanpassungsmaßnahmen in Bremen: Kosten-Nutzen-Analysen als Entscheidungshilfe für Politik und Verwaltung. Abrufbar unter: https://www.klimaanpassung.bremen.de/sixcms/media.php/13/BREsilient_FactSheet_KNA.11226.pdf. Letzter Zugriff am: 13.3.2026.

dena (2025): Kommunen als zentrale Umsetzungsinstanz einer erfolgreichen Energiewende. Beitrag der lokalen Energiewende zum Erreichen der Klimaschutzziele. Abrufbar unter: https://www.dena.de/fileadmin/dena/Publikationen/PDFs/2025/Kommunen_als_zentrale_Umsetzungsinstanz_einer_erfolgreichen_Energiewende.pdf. Letzter Zugriff am: 2.3.2026.

Deutscher Wetterdienst RCP-Szenarien. Die neuen RCP-Szenarien für den 5. IPCC Sachstandsbericht. Abrufbar unter: https://www.dwd.de/DE/klimaumwelt/klimawandel/klimaszenarien/rcp-szenarien_node.html. Letzter Zugriff am: 1.4.2026.

Ewald, J., Kempermann, H. (2025): Urbane Infrastruktur deutscher Regionen unterschiedlich durch Klimawandel bedroht. IW-Kurzbericht 97/2025. Abrufbar unter: <https://www.iwkoeln.de/presse/pressemitteilungen/johannes-ewald-hanno-kempermann-welche-regionen-besonders-vom-klimawandel-bedroht-sind.html>. Letzter Zugriff am: 2.3.2026.

Faltermann, P. (2025): Bremen: Deich in der Neustadt soll für 27 Millionen Euro erhöht werden. Abrufbar unter: <https://www.butenunbinnen.de/nachrichten/neustadt-bremen-erhoehung-weser-deich-100.html>. Letzter Zugriff am: 13.3.2026.

Flussgebietsgemeinschaft Weser (2021): Hochwasserrisikomanagementplan 2021 bis 2027 für die Flussgebietseinheit Weser gemäß § 75 WHG bzw. Art. 7 und Art. 8 EG-HWRM-RL. Information der Öffentlichkeit. Hildesheim.

FÖS (2026): Wege aus der kommunalen Finanznot. Wie eine Vermögensteuer für Hochvermögende die Kommunen stärken kann. Eine Studie im Auftrag von Greenpeace e.V. Abrufbar unter: https://foes.de/publikationen/2026/2026-06_FOES_GPD_Studie_Wege_aus_der_kommunalen_Finanznot.pdf. Letzter Zugriff am: 26.6.2026

Freie Hansestadt Bremen (2004): HAUSHALTSPLAN der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für das Haushaltsjahr 2004/2005. GESAMTPLAN. Abrufbar unter: https://www.finanzen.bremen.de/sixcms/media.php/13/GesamtplanundUebersichten_2004_2004.pdf. Letzter Zugriff am: 13.7.2026.

Greenpeace (2024): Billions for Millions: Eine Milliardensteuer mit ökologischer Lenkungswirkung für eine gerechte Zukunft. Abrufbar unter: https://www.greenpeace.de/publikationen/20241203_Billions-for-Millions.pdf. Letzter Zugriff am: 9.12.2024.

HafenCity Universität Hamburg (2020): Sea Level Map. Abrufbar unter: <https://sealevelrise.hcu-hamburg.de/#map>. Letzter Zugriff am: 13.3.2026.

Hasemann, C. (2021): Alter Postweg in Hastedt: Schule muss umziehen. Abrufbar unter: <https://www.weser-kurier.de/bremen/stadtteil-hemelingen/hemelingen-grundschule-bleibt-wegen-problemen-an-statik-geschlossen-doc-7fbpi7541mq176srq425>. Letzter Zugriff am: 17.3.2026.

Heinemann, A. W. (2022): Finanzpolitik in Bremen: Von der Sanierung über die Sanierung zur Sanierung. In: Probst, L. u. a. (Hg.): Politik und Regieren in Bremen. Wiesbaden. S. 457–480.

Holthaus, M. (2024): Wie es in Horn-Lehe nach der Sperrung des Gebäudekomplexes weitergeht. Abrufbar unter: <https://www.weser-kurier.de/bremen/stadtteil-horn-lehe/wilhelm-focke-oberschule-horn-lehe-sperrung-eines-gebäudekomplexes-doc7ug8w5kq8ue17kzm9kc>. Letzter Zugriff am: 17.3.2026.

ImmoScout24 (2026): Klimagefahren bedrohen Städte – Bremerhaven am anfälligsten, Remscheid am widerstandsfähigsten. Abrufbar unter: <https://www.immobilienscout24.de/unternehmen/news-medien/news/default-title/klimagefahren-bedrohen-staedte-bremerhaven-am-anfaelligsten-remscheid-am-widerstandsfaehigsten/>. Letzter Zugriff am: 13.7.2026.

Kloß, K. (2026): Baustelle Bremer Brücken: Diese 8 Gründe machen es so kompliziert. Abrufbar unter: <https://www.butenunbinnen.de/nachrichten/bruecken-in-bremen-sanierung-neubau-analyse-100.html>. Letzter Zugriff am: 13.3.2026.

Koller, S. (2024): Bremen: Fahrradbrücken müssen warten – Stadt fehlt das Geld. Abrufbar unter: https://bremen.t-online.de/region/bremen/id_100345318/bremen-fahrradbruecken-muessen-warten-stadt-fehlt-das-geld.html. Letzter Zugriff am: 13.3.2026.

Mild, K. (2024): Wie es Bremer Hochwasseropfern ein Jahr nach der Katastrophe geht. Abrufbar unter: <https://www.butenunbinnen.de/nachrichten/hochwasser-bilanz-lilienthal-bremen-100.html>. Letzter Zugriff am: 13.3.2026.

NDR (2024): Nach Weihnachts-Hochwasser: Wie viele Hilfen sind angekommen? Abrufbar unter: <https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/Nach-Weihnachtshochwasser-Wie-viel-Geld-ist-bisher-angekommen,hochwasser6160.html>. Letzter Zugriff am: 13.3.2026.

Pressestelle des Senats (2024): Senat beschließt Pilotgesellschaft für Bildungsbau. Abrufbar unter: <https://www.senatspressestelle.bremen.de/pressemitteilungen/senat-beschliesst-pilotgesellschaft-fuer-bildungsbau-455767>. Letzter Zugriff am: 1.4.2026.

Pressestelle des Senats (2025a): Senat beschließt Haushaltsentwürfe 2026/27. Abrufbar unter: <https://www.senatspressestelle.bremen.de/pressemitteilungen/senat-beschliesst-haushaltsentwuerfe-2026-27-477769>. Letzter Zugriff am: 2.3.2026.

Pressestelle des Senats (2025b): Grundsteinlegung für die Grundschule Alter Postweg. Abrufbar unter: <https://www.senatspressestelle.bremen.de/pressemitteilungen/grundsteinlegung-fuer-die-grundschule-alter-postweg-467446>. Letzter Zugriff am: 1.4.2026.

Raffer, C., Scheller, H., Schmelmer, N.: KfW-Kommunalpanel 2026. In: DIFU. Abrufbar unter: <https://www.kfw.de/%C3%9Cber-die-KfW/KfW-Research/KfW-Kommunalpanel.html>. Letzter Zugriff am: 17.06.2026

Reinhard, L., Pfeiffer, H., Hommers, H. (2026): Wie der Krieg im Iran auch die Bremer Wirtschaft erreicht – buten unbinnen. Abrufbar unter: <https://www.butenunbinnen.de/nachrichten/bremen-bremerhaven-folgen-wirtschaft-iran-strasse-hormus-100.html>. Letzter Zugriff am: 1.4.2026.

Renzsch, W. (2006): Finanzverfassung und Ausgabenrestriktionen von Ländern unter besonderer Berücksichtigung der Haushaltsnotlage der Freien Hansestadt Bremen. Gutachten im Auftrag des Senators für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen. Abrufbar unter: https://www.finanzen.bremen.de/sixcms/media.php/13/Gutachten_Renzsch_Endgueltig_Fassung_31-3-06.pdf. Letzter Zugriff am: 29.5.2026.

Rösch, K. (2026): Zwischen Investitionen und Konsolidierung. Finanzpolitik in Bund und Land unter Spannung. In: Bericht zur Lage der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Land Bremen 2026. S. 94–99.

Senator für Finanzen (2024a): Haushaltsporträt 2025. Land Bremen Stadtgemeinde Bremen. Stand: Dezember 2024. Abrufbar unter: <https://www.finanzen.bremen.de/sixcms/media.php/13/Haushaltsportr%C3%A4t%202025%20gesamt%20%28komp.%29.pdf>. Letzter Zugriff am: 10.3.2026.

Senator für Finanzen (2024b): Zentrales Finanzcontrolling. Jahresbericht 2024 der bremischen Haushalte. Abrufbar unter: <https://www.finanzen.bremen.de/sixcms/media.php/13/Zentrales%20Finanzcontrolling%20Jahresbericht%202024.pdf>. Letzter Zugriff am: 2.3.2026.

Senator für Finanzen (2024c): Bundesratsinitiative für mehr Steuergerechtigkeit und höhere Einnahmen. Abrufbar unter: <https://www.senatspressestelle.bremen.de/pressemitteilungen/bundesratsinitiative-fuer-mehr-steuergerechtigkeit-und-hoehere-einnahmen-453848>. Letzter Zugriff am: 1.4.2026.

Senator für Finanzen (2025a): Haushaltsplan 2026/2027. Haushaltsgesetz, Gesamtplan Stadtgemeinde - Entwurf. Abrufbar unter: https://www.finanzen.bremen.de/sixcms/media.php/13/01_Gesamtband_WEB_mit%20SZ_STADT.pdf. Letzter Zugriff am: 1.4.2026.

Senator für Finanzen (2025b): Vorlage für die Sitzung des Senats am 09.12.2025 „Gebäudesanierungsprogramm des Sondervermögens Immobilien und Technik (SVIT) 2026“.

Senator für Finanzen (2026): Sanierungsbedarf an Bremer Schulen und sonstigen Gebäuden der Freien Hansestadt Bremen (Berichtsbitte lfd. Nr. 8 der Auftragsliste, Produktplan 97 Immobilienwirtschaft und –management). Vorlage VL 21/6971. Abrufbar unter: https://sd.bremische-buergerschaft.de/sdnetrim/UGhVM0hpd2NXNFdFcExjZeEKcWn9JAYpHYLh3A-0mO3yyOq7IDaMKS4dr9c0kdyre/Beschlussvorlage_HAFA_Controlling_VL_21-6971.pdf. Letzter Zugriff am: 19.3.2026.

Senator für Kinder und Bildung Bremen (2025): Großer Investitionsbedarf im Bildungsbereich sprengt den Haushalt - Pressestelle des Senats. Abrufbar unter: <https://www.senatspressestelle.bremen.de/pressemitteilungen/grosser-investitionsbedarf-im-bildungsbereich-sprengt-den-haushalt-461072>. Letzter Zugriff am: 2.3.2026.

Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung (2023a): Bremen erhält 150 Millionen Euro zusätzlich vom Bund für Küstenschutz. Abrufbar unter: <https://www.senatspressestelle.bremen.de/pressemitteilungen/bremen-erhaelt-150-millionen-euro-zusaetzlich-vom-bund-fuer-kuestenschutz-417033>. Letzter Zugriff am: 13.3.2026.

Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung (2023b): Wesersprünge. Abrufbar unter: <https://bau.bremen.de/mobilitaet/aktuelle-projekte/weserspruenge-1041305>. Letzter Zugriff am: 13.3.2026.

Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung (2026): Bremer Brücken. Abrufbar unter: <https://bruecken.bremen.de/>. Letzter Zugriff am: 13.3.2026.

Senatorin für Kinder und Bildung, Senator für Finanzen (2024): Vorlage für die Sitzung des Senats am 10.12.2024 Schul- und Kitabauprogramm (SchuKi) - Programm zur Verbesserung der Gebäudeinfrastruktur an Schulen und Kitas in der Stadtgemeinde Bremen hier: Berichterstattung, Planungsbeschlüsse und Finanzierung 2024. Abrufbar unter: https://www.rathaus.bremen.de/sixcms/media.php/13/top%2B34_20241210_SchuKi_Berichterstattung_Planungsbeschluesse_Finanzierung_N.pdf. Letzter Zugriff am: 1.4.2026.

Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft (2025): Klimaanpassungsstrategie Bremen. Bremerhaven. Abrufbar unter: https://www.klimaanpassung.bremen.de/sixcms/media.php/13/Klimaanpassungsstrategie_BremenBremerhaven_2025.pdf. Letzter Zugriff am: 13.3.2026.

Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft Hochwasserrisikomanagement (o.J.). Abrufbar unter: <https://umwelt.bremen.de/umwelt/hochwasser-und-kuestenschutz-quantitative-wasserwirtschaft/hochwasserrisikomanagement-23599#erste>. Letzter Zugriff am: 13.3.2026.

Spahr, L. (2026): 96 Millionen Euro Verlust: BSAG verhindert wohl weiteren Minus-Rekord. Abrufbar unter: <https://www.weser-kurier.de/bremen/verlustaussgleich-fuer-bsag-in-bremen-wohl-niedriger-als-im-vorjahr-doc84uy6ou7938agmq47jr>. Letzter Zugriff am: 13.3.2026.

Statistisches Bundesamt (2025a): Pro-Kopf-Verschuldung steigt im Jahr 2024 auf über 30 000 Euro. Abrufbar unter: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2025/07/PD25_275_713.html. Letzter Zugriff am: 1.4.2026.

Statistisches Bundesamt (2025b): Lohn- und Einkommensteuer. Abrufbar unter: https://www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Steuern/Lohnsteuer-Einkommensteuer/_inhalt.html. Letzter Zugriff am: 4.6.2026.

Statistisches Bundesamt (2026a): Kommunen verzeichnen im Jahr 2025 neues Rekorddefizit von 31,9 Milliarden Euro. Abrufbar unter: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2026/04/PD26_114_71137.html. Letzter Zugriff am: 16.6.2026.

Statistisches Bundesamt (2026b): Die Wirtschaft ist gewachsen. Abrufbar unter: https://www.destatis.de/DE/Themen/Querschnitt/35-Jahre-Deutsche-Einheit/Wirtschaft/Textbausteine/01_wirtschaft-waechst.html. Letzter Zugriff am: 29.5.2026.

t-online (2023): So soll die Fahrradbrücke über die Weser aussehen. Abrufbar unter: http://t-online.de/region/bremen/id_100178744/bremen-die-stadt-bekommt-bruecken-ueber-die-weser-erster-sieger-steht-fest.html, letzter Zugriff am 20.7.2026

VDV Niedersachsen Bremen (2026): Das Deutschlandangebot 2040 in der Freien Hansestadt Bremen. Transformationsfahrplan für einen modernen, effizienten und leistungsstarken ÖPNV für alle und überall. Abrufbar unter: <https://www.bewegt-uns-alle.de/bremen>. Letzter Zugriff am: 13.3.2026.

Velten, A. (2017): Massive Kritik an Immobilien Bremen. Abrufbar unter: <https://www.weser-kurier.de/bremen/massive-kritik-an-immobilien-bremen-doc7e3n97jsze119pdz06ut>. Letzter Zugriff am: 20.3.2026.

Velten, A. (2024): Oberschule Findorff: Anbau lässt auf sich warten. Abrufbar unter: <https://www.weser-kurier.de/bremen/stadtteil-findorff/platzmangel-oberschule-in-bremen-findorff-wartet-auf-neubau-doc7xjdpfmbbrkxmdelbtx>. Letzter Zugriff am: 20.3.2026.

WirtschaftsWoche (2019): Bremens Bürgermeister stützt Forderung nach Vermögensteuer. Abrufbar unter: <https://www.wiwo.de/politik/deutschland/andreas-bovenschulte-bremens-buergermeister-stuetzt-forderung-nach-vermoegens-teuer/24959918.html>. Letzter Zugriff am: 19.3.2026.